Niederschrift

16-006. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses

am Freitag, 13.10.2006, 08:05 Uhr bis 10:15 Uhr,
im "Nibelungensaal" (Raum 11) des Landratsamtes in Heppenheim, Gräffstraße 5

Tagesordnung

Punkt 1	Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Fraktion vom 28. August 2006, die Überprüfung des Bezugs von Sozialleistungen betreffend, hier: Verweisung an den HFPA durch den Kreistag am 18. September 2006 Vorlage: 16-0262/1
Punkt 2	Abschließender Bericht des Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses über die Tätigkeit des Ausschusses als Akteneinsichtsausschuss zum Vertragsabschluss ppa und zur Betreuung der Teilnehmer an Maßnahmen der ppa
Punkt 3	Eigenbetrieb Neue Wege
Punkt 3.1	Eigenbetrieb Neue Wege, hier: Wirtschaftsplan 2007 Vorlage: 16-0228/1
Punkt 3.2	Eigenbetrieb Neue Wege, hier: Tätigkeitsbericht und Konzept Arbeitsvermittlung
Punkt 3.2.1	Eigenbetrieb Neue Wege, hier: Tätigkeitsbericht und Konzept Arbeitsvermittlung Vorlage: 16-0290
Punkt 3.2.2	Anträge der SPD-Kreistagsfraktion vom 6. Oktober 2006 an den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss zum Thema "Erfolgreiche Arbeitsvermittlung im Kreis Bergstraße" Vorlage: 16-0321
Punkt 4	Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft
Punkt 4.1	Eröffnungsbilanz des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Vorlage: 16-0277
Punkt 4.2	Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft, hier: 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2006 sowie Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2007 des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße Vorlage: 16-0191

Punkt 5	Sale and lease back
Punkt 5.1	Sale - and - lease - back - Information Vorlage: 16-0256
Punkt 5.2	"Sale and lease back" Transaktion, Tranche II Vorlage: 16-0294
Punkt 6	Rettungsdienst
Punkt 6.1	Rettungsdienst - Feststellung des Jahresabschlusses 2005 Vorlage: 16-0217
Punkt 6.2	Rettungsdienst - Prüfung des Jahresabschlusses 2006 Vorlage: 16-0284
Punkt 6.3	Rettungsdienst - Wirtschaftsplan 2007 Vorlage: 16-0286
Punkt 7	Altersteilzeitregelung bei der Kreisverwaltung Bergstraße Vorlage: 16-0291
Punkt 8	Stellungnahme des Ausschusses zum Nachtrag zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2006
Punkt 9	Stellungnahme des Ausschusses zu den Entwürfen
Punkt 9.1	Investitionsprogramm des Kreises Bergstraße für den Planungszeitraum 2006 bis 2010 Vorlage: 16-0209
Punkt 9.2	Haushaltsplan des Kreises Bergstraße 2007 siehe Vorlage 16-0211
Punkt 9.3	Haushaltskonsolidierungskonzept 2008 bis 2010 Vorlage: 16-0292
Punkt 10	Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2007 Vorlage: 16-0293
Punkt 11	Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen
Punkt 11.1	Verschiedenes; Anfragen und Mitteilungen; hier: Umschuldung von Krediten der Sparkasse Starkenburg - Aufnahme eines Forwarddarlehens Vorlage: 16-0268
Punkt 11.2	Verschiedenes; Anfragen und Mitteilungen; hier: Höhe des Kassenkreditrahmens für die Kreisverwaltung und dessen Inanspruchnahme

Punkt 11.3	Verschiedenes; Anfragen und Mitteilungen; hier: Doppik-Workshop für die Politik am 28. November 2006
Punkt 11.4	Verschiedenes; Anfragen und Mitteilungen; hier: Nächste Sitzung

Anwesende:

Vorsitzender:

Schneider, Gottfried	CDU	

Ausschussmitglieder:

Jöst, Günther	CDU	in Vertretung für Gisela Metzger
Kunkel, Joachim	CDU	
Roeder, Oliver	CDU	
Dr. Vonderheid, Ulrich	CDU	
Baaß, Matthias	SPD	ab TOP 3 (in Vertretung für Karin Hartmann)
Fiedler, Josef	SPD	
Hartmann, Karin	SPD	bis TOP 3 (dann vertreten durch Matthias Baaß)
Herbert, Gerhard	SPD	
Kaltwasser, Jürgen	SPD	
Ruoff, Jochen	GRÜNE	
Berbner, Ingrid	FWG	
Sürmann, Frank	FDP	in Vertretung für Roland von Hunnius

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i. V. mit § 33 HKO):

Hoch, Haymo	REP	

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias	CDU	Landrat
Lehmberg, Jürgen	CDU	Erster Kreisbeigeordneter
Ohl, Gottlieb	FDP	Kreisbeigeordneter
Schneider, Otto	SPD	Kreisbeigeordneter - bis zeitweise TOP 7

Verwaltung:

Goliasch, Gerhard	Finanz- und Rechnungswesen
Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen
Grabowski, Peter	Eigenbetrieb Rettungsdienst - zeitweise

Schriftführer:

Fasser, Helmut	Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Der Ausschussvorsitzende eröffnete um 08:05 Uhr die 16-006. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen, und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung einschließlich der Erweiterung (TOP 3.2.2) wurden nicht erhoben.

Entschuldigt fehlte Abgeordneter Jojade.

Der Vorsitzende wies darauf hin, man werde heute kaum die gesamte Tagesordnung abhandeln können, zumal zu der einen oder anderen Vorlage noch Fragen zu klären seien (Sale and lease back, Haushaltskonsolidierungskonzept) und er noch einen Antrag der SPD-Fraktion mit zahlreichen Unterpunkten (über deren Zuständigkeit jedoch die Meinungen auseinander gingen) für die heutige Sitzung berücksichtigt habe (TOP 3.2.2).
Man war sich einig, dass die Beratungen am nächsten Freitag, 20. Oktober, im Rahmen einer neuen Sitzung weitergeführt werden sollen.
Die Anwesenheit der Herren Dr. Kilian (Rechtsanwalt und Notar) und Reibold (Steuerberater) wurde deshalb für heute als nicht mehr erforderlich erachtet.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1: **Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Fraktion vom 28. August 2006, die Überprüfung des Bezugs von Sozialleistungen betreffend, hier: Verweisung an den HFPA durch den Kreistag am 18. September 2006 Vorlage: 16-0262/1**

Der Antrag war vom Kreistag am 18. September 2006 in den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss zur weiteren Beratung verwiesen worden.

Vorsitzender Schneider schlug vor, da von dem Antrag ausschließlich Sozialleistungen angesprochen seien, diesen an die Betriebskommission des Eigenbetriebes Neue Wege zur Erarbeitung von Verfahrensvorschlägen weiterzuverweisen.

Abgeordneter Hoch erinnerte an seine Ausführungen in der Kreistagssitzung und merkte erneut an, dass der Antrag allgemein gefasst sei und nicht nur den Bereich Hartz IV abdecke. Eine Beschäftigung nur in der Betriebskommission des Eigenbetriebes würde dem Antrag gegenüber und dem, was sachlich angezeigt wäre, nur sehr begrenzt gerecht.

Dass unterschiedliche Personenkreise angesprochen seien, wurde vom Vorsitzenden ebenso gesehen, aber auch, dass die Behandlung bzw. Ahndung von Missbräuchen im Wesentlichen gleich sei und deshalb durchaus von der Betriebskommission ein Verfahrensvorschlag erarbeitet werden könnte, den man auch auf andere Bereiche anwenden könne.
Die Notwendigkeit einer dann erneuten Behandlung im Kreistag wurde von ihm nicht gesehen, da der Kreistag den Antrag an den Ausschuss nicht nur zur Vorberatung seiner Entscheidung verwiesen habe.

Der Ausschuss stimmte einstimmig der Verweisung des Antrages zur Erarbeitung eines Verfahrensvorschlages an die Betriebskommission des Eigenbetriebes Neue Wege zu.
Bei der Wiedervorlage soll dann auch über den Anwendung auf andere Bereiche (z.B. Sozialhilfeempfänger nach SGB XII) gesprochen werden.

Punkt 2: **Abschließender Bericht des Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses über die Tätigkeit des Ausschusses als Akteneinsichtsausschuss zum Vertragsabschluss ppa und zur Betreuung der Teilnehmer an Maßnahmen der ppa**

Vorsitzender Schneider referierte seinen "Abschließenden Bericht über die Tätigkeit des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses als Akteneinsichtsausschuss zum Vertragsabschluss ppa und zur Betreuung der Teilnehmer an Maßnahmen der ppa".

Es sei nicht Sache des Ausschusses, in diesem Falle eine weitergehende Bewertung und Beurteilung der Sachlage vorzunehmen. Dies bleibe den Fraktionen und dem Kreistag in seiner Gänze vorbehalten.

Eine Aussprache zu dem Bericht wurde nicht geführt; er wurde gebilligt und kann wie heute vorgetragen auch im Kreistag gegeben werden.

Punkt 3: **Eigenbetrieb Neue Wege**

Punkt 3.1: **Eigenbetrieb Neue Wege, hier: Wirtschaftsplan 2007**
Vorlage: 16-0228/1

Den Ausschuss beschäftigte u. a. die von Abgeordnetem Baaß thematisierte Frage der Besetzung der Position der Betriebsleitung des Eigenbetriebes, der sich durch die Stellenvakanz derzeit in einer nicht den gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorschriften entsprechenden Situation befinde. Der Kreisausschuss habe auf jeden Fall formal eine Betriebsleitung zu bestellen, was Konsequenzen sowohl für die Wirksamkeit der täglichen Rechtsgeschäfte als auch für die Bedienung der Betriebskommission mit Unterlagen und nicht zuletzt haftungsrechtlicher Natur habe.

Erster Kreisbeigeordneter Lehmberg sah die Handlungsfähigkeit des Eigenbetriebes nach außen durch die vorübergehende Beauftragung zweier Mitarbeiter der Verwaltung (Herr Fettel mit der Wahrnehmung der Aufgabensteuerung im fachlichen Bereich und Herr Hohmann mit der Führung der Kassengeschäfte des Eigenbetriebs) mit Unterschriftsbefugnis sichergestellt. Die Mitarbeiter seien zur Übernahme der Aufgaben bereit gewesen, wollten aber auf keinen Fall in die politische Diskussion hineingezogen werden. Deshalb seien auch keine anderen Mitarbeiter zur Aufgabenübernahme auf Dauer bereit. Die beiden Interimsmitarbeiter vom Kreisausschuss eigens beschließen zu lassen, habe man nicht für opportun gehalten. Die politische Verantwortung liege bei ihm als Dezernent. Die Ausschreibung der Stelle der (kaufmännischen) Betriebsleitung sei inzwischen über eine Personalagentur erfolgt, das Stellenbesetzungsverfahren in Gang. Die sachlich/fachliche Position daneben werde alsdann ausgeschrieben.

Zum Wirtschaftsplan selbst wurden angesprochen und erörtert: Das Volumen des Wirtschaftsplanes und dessen Entwicklung (Abgeordneter Hoch), die Höhe des Kassenkreditrahmens und dessen Inanspruchnahme (Abgeordneter Ruoff), die noch nicht erfolgte Vorlage des Jahresabschlusses 2005 und mögliche Konsequenzen im Hinblick auf die Auf-

stellung des Wirtschaftsplanes 2007 (Abgeordneter Fiedler), die Beschäftigung eigenen und abgeordneten Personals (befristet und unbefristet) sowie die Aufgabenerfüllung auf Auftragsbasis und die dadurch entstehenden Kosten und der Nutzen (Abgeordnete Fiedler und Baaß), Personalübersicht und Bewertung der Leitungsposition (Abgeordneter Hoch).

Erster Kreisbeigeordneter Lehmberg nahm zu den einzelnen Positionen Stellung und begründete verschiedene Verzögerungen beim Jahresabschluss 2005 mit der Aufarbeitung von zum Teil übernommenen Altlasten, (Bundesagentur, Delegationsgemeinden - aus der Mitte des Ausschusses wurde gebeten, alsbald zumindest die vorläufigen Abschlusszahlen auf den Tisch zu legen). Die Verabschiedung des Wirtschaftsplanes 2007 sei dessen ungeachtet zwingend erforderlich, um gegenüber dem hilfesuchenden Klientel handlungsfähig, d. h. auch zahlungsfähig, zu sein und zu bleiben.

Im Verlauf der Aussprache mehrten sich Stimmen, die die (Kern-)Zuständigkeit des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses in den heute diskutierten Punkten in Frage stellten. Der Vorsitzende merkte dazu ebenfalls an, dass viele der angesprochenen Themen in der Betriebskommission diskutiert werden und der Haupt-, Finanz- und Personalsausschuss nicht zu einer Art "Neben-Kreistag" gemacht werden sollten.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, gemäß § 5 Ziffer 4 Eigenbetriebsgesetz i. V. m. § 15 Eigenbetriebsgesetz den von der Betriebsleitung aufgestellten Wirtschaftsplan 2007 des Eigenbetriebs „Neue Wege Kreis Bergstraße“ zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

7 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung.

Punkt 3.2: **Eigenbetrieb Neue Wege, hier: Tätigkeitsbericht und Konzept Arbeitsvermittlung**

Punkt 3.2.1: **Eigenbetrieb Neue Wege, hier: Tätigkeitsbericht und Konzept Arbeitsvermittlung**
Vorlage: 16-0290

Der Ausschuss hat von der Vorlage 16-0290 (Tätigkeitsbericht und Konzept Arbeitsvermittlung) Kenntnis genommen.

Abgeordneter Baaß verwies in diesem Zusammenhang auf die von seiner Fraktion an den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss gestellten Anträge (mit Vorlage 16-0321 zur heutigen Sitzung nachgereicht). Sicher müsse und könne nicht alles im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss beraten werden. Es müsse aber auch einmal mit neuen Überlegungen und der Verwertung anderen Ortes gemachten Erfahrungen begonnen werden.

Erster Kreisbeigeordneter Lehmberg beantwortete zahlreiche Anfragen zu dem von ihm vorgelegten Papier, so auch zu den darin genannten Prozentzahlen der Menschen, denen geholfen werden konnte (keine Vermittlungsquote, sondern der Anteil, der durch Maß-

nahmen "erreicht" werden konnte, ohne 1 Euro-Jobs) und zu den Kontakten zu Unternehmen und deren Einbindung in Maßnahmen.

Abgeordneter Dr. Vonderheid bat um Ermittlung und Bekanntgabe, in welchen Bereichen wie viele 1 Euro-Jobs bereitgestellt werden und ob und wie dies kontrolliert werde.

Punkt 3.2.2: **Anträge der SPD-Kreistagsfraktion vom 6. Oktober 2006 an den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss zum Thema "Erfolgreiche Arbeitsvermittlung im Kreis Bergstraße" Vorlage: 16-0321**

Bezüglich der zahlreichen Anträge der SPD-Fraktion an den Ausschuss war der Vorsitzende vor dem Hintergrund des grundsätzlichen Zuständigkeitsverständnisses des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses (siehe auch Regularien) der Meinung, dass diese zunächst einmal in Gänze an die Betriebskommission des Eigenbetriebes Neue Wege zur Beratung und Erarbeitung von Vorschlägen mit der Bitte um zeitnahe Berichterstattung verwiesen werden sollten.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss verweist die Anträge der SPD-Fraktion zum Thema "Erfolgreiche Arbeitsvermittlung im Kreis Bergstraße" an die Betriebskommission des Eigenbetriebes Neue Wege zur weiteren Beratung und Erarbeitung von Verfahrensvorschlägen. Dem Haupt-, Finanz- und Personalausschuss soll zeitnah über das Ergebnis der Beratungen Bericht erstattet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 4: **Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft**

Punkt 4.1: **Eröffnungsbilanz des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Vorlage: 16-0277**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag stellt gemäß § 29 Abs. 1 HKO i.V.m. den §§ 5 Nr. 11 und 27 EigBGes in analoger Anwendung die der Vorlage 16-0277 als Anlage beigefügte Eröffnungsbilanz 2006 für den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft fest."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 4.2: **Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft, hier: 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2006 sowie Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2007 des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße**
Vorlage: 16-0191

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt gemäß § 29 Abs. 1 HKO i.V.m. §§ 5 Nr. 4 und 30 EigBGes den der Vorlage 16-0191 als Anlage beigefügten 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2006 sowie den Wirtschaftsplan 2007 für den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 5: **Sale and lease back**

Punkt 5.1: **Sale - and - lease - back - Information**
Vorlage: 16-0256

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 20. Oktober 2006 zurückgestellt.

Punkt 5.2: **"Sale and lease back" Transaktion, Tranche II**
Vorlage: 16-0294

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 20. Oktober 2006 zurückgestellt.

Punkt 6: **Rettungsdienst**

Punkt 6.1: **Rettungsdienst - Feststellung des Jahresabschlusses 2005**
Vorlage: 16-0217

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag nimmt von den der Vorlage 16-0217 beigefügten Unterlagen Kenntnis und stellt gemäß § 27 Abs. 3 in Verbindung mit § 30 Eigenbetriebsgesetz den Jahresabschluss zum 31.12.2005 des Rettungsdienstes Kreis Bergstraße fest. Von dem Bilanzgewinn in

Höhe von 160.268,25 € werden 150.000 € in eine Rücklage zum Ausgleich von Baumehrkosten eingestellt, 1.200 € an den Kreis ausgeschüttet und 9.068,25 € auf neue Rechnung vorgetragen."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 6.2: **Rettungsdienst - Prüfung des Jahresabschlusses 2006**
Vorlage: 16-0284

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beauftragt die W & P Aktiengesellschaft / Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Bensheim, mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2006 nebst Lagebericht des Rettungsdienstes Kreis Bergstraße."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 6.3: **Rettungsdienst - Wirtschaftsplan 2007**
Vorlage: 16-0286

Seitens der Vertreter der Verwaltung wurden Fragen beantwortet.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt gemäß § 29 Abs. 1 HKO i.V.m. §§ 5 Nr. 4 und 30 EigBGes den der Vorlage 16-0286 als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan 2007 mit Finanzplan 2006 bis 2010 für den Rettungsdienst Kreis Bergstraße.
Im Erfolgsplan werden die Erträge und Aufwendungen auf je 1.138.000 € und im Vermögensplan die Einnahmen und Ausgaben auf je 49.000 € festgesetzt.
Die Aufwendungen im Erfolgsplan sind gegenseitig deckungsfähig. Mehraufwendungen können in Höhe der Mehrerträge geleistet werden. Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.
Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben wird auf 100.000 € festgesetzt."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 7: **Altersteilzeitregelung bei der Kreisverwaltung Bergstraße**
Vorlage: 16-0291

Der Landrat gab zu der beabsichtigten Änderung Erläuterungen und begründete sie. Weiter beantworteten er und Herr Ahlheim Fragen aus der Mitte des Ausschusses (Altersgrenzen, Gleichbehandlung von Angestellten und Beamten, Entscheidungskompetenz, seitheriges Einsparpotenzial). Insbesondere wies der Landrat darauf hin, dass eine "Wiederbesetzung" von Stellen während der Freistellungsphase der seitherigen Stelleninhaber praktisch einer Doppelbesetzung gleichkomme und deshalb nicht möglich sei. Die Regelung der Entscheidungskompetenz hänge u. a. mit dem Vertrauensschutz der Mitarbeiterschaft zusammen. Die Bezifferung möglicher und tatsächlicher Einsparpotenziale sei angesichts der Komplexität der Praxis schwierig. Mit Blick auf das Ganze bleibe aber festzustellen, dass sich die Situation heute anders darstelle als bei der Ausgangslage.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss schlägt dem Kreistag folgende Altersteilzeitregelung vor:

"Altersteilzeitarbeit wird ab sofort nur dann genehmigt, wenn die Besetzung des Arbeitsplatzes während der Freistellungsphase bzw. ein personeller Ausgleich im Teilzeitmodell nicht erforderlich ist und die Stelle nach dem Ende der Altersteilzeit in Wegfall geraten kann. Darüber hinaus sollen in Einzelfällen Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, bevorzugt behandelt werden.

Die Entscheidung über Altersteilzeitarbeit trifft der Landrat.

Der Kreisausschuss/Haupt-, Finanz- und Personalausschuss erhalten vierteljährlich Kenntnis über gegebenenfalls getroffene Vereinbarungen.“

Abstimmungsergebnis:

8 Stimmen dafür, 3 Stimmenthaltungen.

Punkt 8: **Stellungnahme des Ausschusses zum Nachtrag zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2006**

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 20. Oktober 2006 zurückgestellt.

Punkt 9: **Stellungnahme des Ausschusses zu den Entwürfen**

Punkt 9.1: **Investitionsprogramm des Kreises Bergstraße für den Planungszeitraum 2006 bis 2010**
Vorlage: 16-0209

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 20. Oktober 2006 zurückgestellt.

Punkt 9.2: **Haushaltsplan des Kreises Bergstraße 2007 siehe Vorlage 16-0211**

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 20. Oktober 2006 zurückgestellt.

Punkt 9.3: **Haushaltskonsolidierungskonzept 2008 bis 2010 Vorlage: 16-0292**

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 20. Oktober 2006 zurückgestellt.

Punkt 10: **Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2007 Vorlage: 16-0293**

Der Punkt wurde bis zur nächsten Sitzung am 20. Oktober 2006 zurückgestellt.

Punkt 11: **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen**

Punkt 11.1: **Verschiedenes; Anfragen und Mitteilungen; hier: Umschuldung von Krediten der Sparkasse Starkenburg - Aufnahme eines Forwarddarlehens Vorlage: 16-0268**

Der Ausschuss hat von der Vorlage 16-0268 Kenntnis genommen.

Punkt 11.2: **Verschiedenes; Anfragen und Mitteilungen; hier: Höhe des Kassenkreditrahmens für die Kreisverwaltung und dessen Inanspruchnahme**

Abgeordneter Hoch bat, da er zur nächsten Sitzung nicht anwesend sein könne, um Informationen zu den Gründen für die seines Erachtens exorbitante Höhe des Kassenkreditrahmens und dessen tatsächlicher Inanspruchnahme.

Erster Kreisbeigeordneter Lehmberg schilderte die Gründe und die Inanspruchnahme. Eine Umwandlung in längerfristige Darlehen erschien ihm mit Blick auf die günstigeren Zinsen und die Verwendungszwecke (keine Investitionen) nicht opportun. Das Vorgehen sei mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt.

Punkt 11.3: **Verschiedenes; Anfragen und Mitteilungen; hier: Doppik-Workshop für die Politik am 28. November 2006**

Der Vorsitzende wies als Vorankündigung auf die ganztägige Veranstaltung am 28. November 2006 hin.

Punkt 11.4: **Verschiedenes; Anfragen und Mitteilungen; hier: Nächste Sitzung**

Die nächste Sitzung wurde für Freitag, 20. Oktober 2006, festgelegt.

Die Sitzung wurde um 10:15 Uhr durch den Vorsitzenden geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

Vorsitzender:	Schriftführer:
gez. Schneider	gez. Fasser